

Landtag

30. Sitzung vom 23./24. September 1982

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 22.40 Uhr.)

Vorsitzender: Erster Präsident Pfoch.

Schriftführer: Die Abg Margarete Tischler und Dkfm Dr Sigrun Schlick.

Erster Präsident Pfoch eröffnet die Sitzung.

1. Die Abg Bittner, Hala, Hirsch, Kopfensteiner, Dr Nowak, Oblässer, Peska, Pöder, Gabrielle Traxler und Gertrude Stiehl sind entschuldigt.

2. In der Fragestunde werden vom Präsidenten Pfoch die folgenden Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 936/LM/82) des Abg Rosenberger an den Landeshauptmann:

Sind Sie bereit, das Amt der Landesregierung anzuweisen, mit den ÖBB in ehestmögliche Verhandlungen einzutreten, um den im Staatsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Land Wien vereinbarten schnellbahnmäßigen Ausbau der Verbindungsbahnstrecke zwischen dem Bahnhof Meidling und der Hofwiesengasse rasch zu realisieren?

2. Anfrage (PrZ 959/LM) des Abg Fürst an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Wann ist mit der Einführung einer Steuer auf Plastikflaschen und Aluminiumdosen für Getränke in Wien zu rechnen, wie Sie dies angekündigt haben?

3. Anfrage (PrZ 938/LM) des Abg Outolny an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Welche Vorleistungen der Stadt Wien für den Bau der U 3 und der U 6 wurden vom Bund im Sinne der zwischen der Republik Österreich und dem Land Wien abgeschlossenen Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG anerkannt?

4. Anfrage (PrZ 973/LM/82) des Abg Kuchar an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadtneuerung:

Welche Konsequenzen werden Sie aus den Vorgängen bei dem gemeinnützigen Wohnbauträger Neue Eigenheime ziehen, um Wohnungswarbeiter vor Schäden zu bewahren?

5. Anfrage (PrZ 941/LM/82) des Abg Holub an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadtneuerung:

Welche Beträge wurden bereits 1982 im Bereich der Wohnbauförderung zugesichert?

6. Anfrage (PrZ 961/LM/82) des Abg Hahn an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadtneuerung:

Wie hoch ist der Stand der Wohnbauförderungssonderrücklage per 20. September 1982?

7. Anfrage (PrZ 960/LM/82) des Abg Mag Kauer an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Kultur und Bürgerdienst:

Wann wird eine neue Kinobetriebsstättenverordnung zur Beslußfassung vorgelegt werden?

8. Anfrage (PrZ 937/LM/82) des Abg Hofstetter an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Personal- und Rechtsangelegenheiten:

Wann ist mit der Vorlage eines Gesetzentwurfes zum Schutz des Wienerwaldes im Sinne jenes Initiativantrags, den die SPÖ-Abgeordneten Edlinger, Mayrhofer, Prof Dipl Volkswirt Karoline Pluskal, Margarete Tischler, Ing Svoboda

und Outoolny am 30. Juni 1982 im Landtag eingebracht haben, zu rechnen?

9. Anfrage (PrZ 924/LM/82) des Abg Dr Hirnischall an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales:

Gibt es Initiativen des Landes Wien im Zusammenwirken mit dem Bund und der Ärztekammer, um durch entsprechende legistische und organisatorische Maßnahmen das Problem der arbeitslosen Jungärzte in Wien zu lösen?

10. Anfrage (PrZ 945/LM/82) des Abg Lustig an den amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie:

Welche Möglichkeiten bestehen zur Einführung von Wohnstraßen, obwohl die gesetzlichen Bestimmungen erst mit der 10. Novelle zur Straßenverkehrsordnung festgelegt werden können?

3. (PrZ 821/LA.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg Wiesinger, Freinberger und Ing Hofstetter gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung des Wasserversorgungsgesetzes eingebracht haben, und weist diesen Initiativantrag dem Ausschuß für Finanzen und Wirtschaftspolitik zu.

(PrZ 823/LA.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg Hahn und Ing Kreiner einen Antrag, betreffend Inanspruchnahme der Mittel der Altstadtmilliarde auch für Mieter, die von § 7-Fällen des Mietengesetzes betroffen sind und wo der Mietzins die Kategorieobergrenze übersteigt, eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem amtsführenden Stadtrat für Wohnen und Stadtneuerung sowie dem Landeshauptmann zu.

(PrZ 824/LA.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg Mag Kauer und Dr Mauthe einen Antrag, betreffend Einrichtung eines unabhängigen Umweltschutzanwalts für Wien eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem amtsführenden Stadtrat für Umwelt und Freizeit zu.

(PrZ 825/LA.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg Dr Petrik und Mag Kauer einen Antrag, betreffend Schaffung landesgesetzlicher Voraussetzungen für die Einrichtung einer unabhängigen Bürgerkommission zur Überprüfung der objektiven Vergabe von Gemeindewohnungen eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem amtsführenden Stadtrat für Wohnen und Stadtneuerung zu.

Berichterstatter: Amtsf StR Nekula

4. (PrZ 2309, P 1.) Der in der Beilage Nr 10 enthaltene Entwurf des Landesverfassungsgesetzes, mit dem das Landesverfassungsgesetz vom 17. März 1978, betreffend die Zuständigkeit der Volksanwaltschaft für den Bereich der Wiener Landesverwaltung, unbefristet in Geltung gesetzt wird, wird bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Landtags in erster und zweiter Lesung einstimmig zum Besluß erhoben.

(Redner: Abg Dr Hirnischall.)

(PrZ 826/LA.) Der Beslußantrag der Abg Dr Hirnischall, Dipl Ing Dr Pawkowicz und Kuchar auf Ergänzung der Geschäftsordnung des Wiener Landtags wird dem amtsführenden Stadtrat

für Personal- und Rechtsangelegenheiten zuge-
wiesen.

Berichterstatter:
A m t s f S t R U n i v P r o f D r S t a c h e r

5. (PrZ 1993, P 2.) Der in der Beilage Nr 11 ent-
haltene Entwurf des Gesetzes, mit dem das Wie-
ner Heilvorkommen- und Kurortgesetz geänd-
ert wird, wird in erster und zweiter Lesung
zum Beschluß erhoben.

6. (PrZ 2611, P 3.) Der in der Beilage Nr 12 ent-
haltene Entwurf des Gesetzes, mit dem das Wie-
ner Krankenanstaltengesetz geändert wird, wird

in erster und zweiter Lesung zum Beschluß er-
hoben.

Berichterstatter: Abg G a w l i k

7. (PrZ 2685, P 4.) Dem Ersuchen des Landes-
gerichts für Strafsachen Wien, Abteilung 9 a,
vom 30. August 1982, GZ 9 a E Vr 7697/82, Hv
469/82, um Zustimmung zur strafrechtlichen
Verfolgung des Landtagsabgeordneten Günther
Sallabergen wegen Verdachts des Vergehens der
üblichen Nachrede gemäß § 111 Abs 1 und 2 StGB
wird keine Folge gegeben.

(Schluß um 0.10 Uhr.)

Der Schriftführer:



Der Vorsitzende:



Erster Präsident